

Rundbrief 2011-2 Internetausgabe

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi,

„die Militarisierung wird uns auch im neuen Jahr immer wieder beschäftigen“, so ist im unserem Rundbrief im Dezember 2010 zu lesen.

In der Tat: an allen Ecken und in vielfältiger Weise wurden und werden wir mit diesem Phänomen konfrontiert:

- Die neue Koalitionsregierung in Rheinland-Pfalz hat die Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr nicht zurück genommen. Unsere mit anderen Friedensgruppen in unserem Bundesland gestartete Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ blieb ohne Erfolg. Die Bundeswehr darf weiterhin ihre neue Strategie- Krieg gehört zur offiziellen Politik der Bundesrepublik- den jungen Leuten verdeutlichen, sie darf weiterhin direkten Einfluss auf die Ausbildung der Referendare im Schuldienst nehmen (vgl. Rundbrief hinten).
- Am 12 Mai 2011 leitete unser Bischof Ackermann einen Soldatengottesdienst, der für die Militärs (französische, englische, niederländische und deutsche) anlässlich des Weltfriedenstages im Rahmen der Bundesgartenschau in Koblenz stattfand. Die Basisgruppe von pax christi Koblenz kritisierte; „es werde Frieden gepredigt und Krieg gesegnet“ und wies auf die „enge Verknüpfung von Kirche und Militär“ hin, sie sei problematisch und lasse befürchten, „ dass die biblische Friedensbotschaft mit politischen Interessen kurz geschlossen werde“. (Vgl. Paulinus vom 29.5.2011) Ein offener Brief an unseren Bischof blieb bisher ohne Antwort (Vgl. Rundbrief hinten).
- Die Nato führt einen modernen Krieg gegen Libyen, um einen Diktator zu liquidieren mit dem sie Jahre lang gute Geschäfte gemacht hat. Über die Opfer dieses Krieges wird in unseren Medien kaum noch berichtet.
- Der Bundessicherheitsrat hat vor Tagen beschlossen, 200 moderne Panzer an Saudi-Arabien zu liefern und die Bundesregierung verweigert jede Anfrage oppositioneller Politiker mit dem Verweis auf die Geheimhaltungspflicht. Die Bundesrepublik verkauft hoch moderne Waffen an ein korruptes, feudales System, in dem Menschenrechte mit Füßen getreten werden.
- Bundeskanzlerin Merkel hat vor wenigen Tagen einige afrikanische Staaten besucht und vollmundig den Regenten versprochen, maritimes Kriegsgerät – auch Schiffe- zu liefern. Gleichzeitig verspricht sie, die größte Hungersnot auf diesem Kontinent lösen zu helfen.

- Deutschland ist nicht nur Exportweltmeister, nicht nur Europameister als Billiglohnland, sondern auch drittgrößter Waffenexporteur der Welt, direkt nach den USA und Russland. Die Väter unseres Grundgesetzes haben bei der Gründung der Bundesrepublik verkündet: „Von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen“. Was würden sie heute zu dieser militaristischen Entwicklung sagen?

Dies sind nur einige Facetten der bundesdeutschen Militarisierung, die sich klamm heimlich in der Bundesrepublik entwickelt hat und für die Bundesdeutschen kaum als Problem wahrgenommen wird, sie ist alltäglich geworden.

Als katholische Friedensbewegung verfolgen wir diese Entwicklung und sehen uns häufig ohnmächtig und hilflos. Wir sind manchmal zornig, wütend und entrüsten uns moralisch, sind entsetzt angesichts der multiplen Phänomene. Wir können und wollen uns kritisch auseinandersetzen, einen lebendigen Diskurs führen, Fragen nach Ursachen diskutieren, die Verwicklungen analysieren, die politische Situation hinterfragen, Regenten und Strukturen beim Namen nennen, die uns regieren und leiten.

Wir laden schon heute alle Mitglieder, Freunde, Sympathisanten ganz herzlich ein, die diesjährige Bistumsversammlung vom 9.9.-10.9. in Trier mit zu gestalten, mit uns auf die Suche nach Antworten zu gehen. Vielleicht können wir auch bei der Reflektion jüdisch-christlicher Traditionen Spuren entdecken, die uns Hoffnungen aufzeigen, dass eine andere Welt möglich ist. Vielleicht oder gerade auf den Spuren des Nazareners .
Schalom und eine gute Zeit

Koblenz, den 18. Juli 2011

Egbert Wisser

Nachrufe



Clemens Schrader starb am 10.06 unerwartet an einer Embolie. Viele Jahre war er Mitglied im Leitungsteam von pax christi der Regionalstelle der Bistümer Osnabrück und Hamburg und hat ihre Schwerpunkte auch auf der Sektionsebene mit Engagement vertreten. So haben auch Mitglieder unserer Bistumsstelle als lebenswürdigen Mitstreiter für den Frieden kennen gelernt. Wir erhoffen für ihn den shalom Gottes.

In der Nacht zum 29. März 2011 starb im 70. Lebensjahr unser Freund Friedland Schneiders. Der bis 1997 an der Hauptschule Wengerohr tätige Lehrer war mehr als 30 Jahre lang Mitglied der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi, deren Wittlicher Gruppe er 1979 ins Leben rief. Unermüdlich setzte er sich ein für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Diakon Horst-Peter Rauguth, Geistlicher Beirat, schrieb folgenden Nachruf im Namen der pax christi Bewegung im Bistum Trier:

Wir trauern mit der Familie und seinen Freunden um unser lange Jahre engagiertes und aktives Mitglied



Friedland Schneiders

Zu Beginn der Achtziger Jahre fanden sich im Bistum Trier an mehreren Orten Menschen aus dem Glauben an Christus zusammen um gegen atomare Rüstung und für einen Frieden ohne Waffen einzutreten. So entstanden 5 pax christi Basisgruppen. Friedland, der als Lehrer, Kirchlicher Berater

für Kriegsdienstverweigerer und überzeugter Christ, wie viele andere von uns nach einem nachhaltigen Engagement für den Frieden suchte, gründete zusammen mit vielen Mitstreitern damals die bis heute bestehende pax christi Basisgruppe Wittlich. In der Gruppe vor Ort und gemeinsam auf Bistumsebene hat Friedland zahlreiche Treffen, Diskussionen, Gebetsstunden, Gottesdienste, Mahnwachen und Demonstrationen mit vorbereitet und durchgeführt.

Wir lernten ihn als beharrlichen und engagierten Streiter für den Frieden kennen. Dabei hat uns sein konsequenter Einsatz für Gewaltfreiheit und seine freundliche ausgleichende Art immer wieder beeindruckt. Viele Jahre bis zu seiner Erkrankung war er einer der Motoren der Friedensarbeit unserer Bewegung. Wir werden Friedland in dankbarer Erinnerung behalten. Unsere herzliche Anteilnahme gilt seiner Familie und den Angehörigen.

Berichte und Hinweise

Alptraum Lager Lebach? - Perspektiven einer humanen Flüchtlingspolitik im Saarland

"Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir keine Menschen sind." Das sagte die zwanzigjährige Rafia Naseem aus Pakistan, als sie auf der Veranstaltung des Saarländischen Flüchtlingsrates, die am 24. Mai in der evangelischen Kirche in Lebach stattfand, ihre mittlerweile achtjährige Lebenserfahrung im Flüchtlingslager Lebach zusammenfasste. Die Kirche war an diesem Abend gut gefüllt. Rund 60 Zuhörer waren unserer Einladung gefolgt, um sich über die Situation im Flüchtlingslager Lebach zu

informieren. Unter dem Motto „Alptraum Lager Lebach? – Perspektiven einer humanen Flüchtlingspolitik im Saarland“ diskutierten Reinhard Schott von der evangelischen Landeskirche der Pfalz, Willi Mayer vom Caritasverband Trier, Peter Nobert vom Saarländischen Flüchtlingsrat sowie Samer und Rafia Naseem, Bewohnerinnen des Flüchtlingslagers Lebach. Thomas Gerber vom Saarländischen Rundfunk moderierte.

Helfen statt Abschieben

Die egozentrische und menschenverachtende Politik Europas gegenüber Flüchtlingen wird durch die Flüchtlingsdramen im Mittelmeer auf die Spitze getrieben. Das wird sowohl in einer Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Sektion von pax christi als auch in dem kurzen Auszug aus einem Artikel der grünen Europaabgeordneten Barbara Lochbihler in einem Artikel „Europas Kälte“ deutlich.

„pax christi fordert eine gemeinsame Anstrengung der Europäischen Union für das Flüchtlingsdrama auf Lampedusa.

Mit Befremden muss pax christi die Haltung des Bundesinnenministers zur Kenntnis nehmen, sich der aktuellen Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten Afrikas radikal zu widersetzen. Angesichts der gewaltigen Umbrüche in den Nordafrikanischen Ländern und der großen Flüchtlingsströme, die über das Mittelmeer das Territorium der Europäischen Union erreichen, muss sich die europäische Union auf ihre humanitären Wurzeln und ihr Bekenntnis zu den Menschenrechten besinnen. ...

Angesichts der dramatischen Lebensbedingungen der Menschen auf den Schiffen im Mittelmeer und in den Unterkünften auf Lampedusa ist es ein moralisches ebenso wie ein politisches Gebot der Stunde, den Flüchtlingen in den Ländern der europäischen Union Zuflucht zu gewähren. Solange bis eine politische Lösung für die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer gefunden ist, muss Europa jetzt den Flüchtlingen auf Lampedusa beistehen.“

Auszug Lochbihler: „ An der Grenze zwischen Libyen und Tunesien zeigt sich, was Solidarität ist. Die EU braucht offenbar selbst eine „Revolution der Würde“, ehe sie Flüchtlingen hilft. Wenn man in diesen Tagen nach Tunesien fährt, mangelt es nicht an Eindrücken. Einer sticht jedoch nach meiner Reise in der vorigen Woche besonders hervor: die Solidarität, mit der Tunesierinnen und Tunesier die vielen Menschen aufgenommen haben, die seit Beginn des Kriegs aus Libyen flüchten mussten. Spontan sorgten sie dafür, dass Hilfslieferungen an die Grenze gelangten. 20000 libysche Familien wurden allein im Norden des Landes privat untergebracht. Das Ausmaß der Unterstützung ist überwältigend. Berücksichtigt man zudem die schwierige Lage, in der sich das post-revolutionäre Tunesien befindet, wird deutlich: Die Europäische Union sowie einige ihrer Mitglieder verhalten sich mit Blick auf nordafrikanische Flüchtlinge beschämend.“

Am **1. April 2011 zerschellte ein Kampfflugzeug** vom Typ A 10 der US-Streitkräfte in der Eifel **300 m neben dem Dorf Laufeld**. Schaulustige, Feuerwehr, Polizei, Anwohner und Militärangehörige waren ohne entsprechende Schutzmaßnahmen vor Ort. Erst hieß es, auch scharfe Munition - eventuell radioaktive DU-Munition (Projektile mit angereichertem Uran) - sei an Bord gewesen, inzwischen ist es nur noch Übungsmunition. Zusätzlich ist die Frage nach den Schäden durch das hochgiftige Benzin zu stellen. (Inzwischen wurde bekannt gegeben, dass die Erde dort in erheblichem Umfang erneuert wurde, es dennoch fraglich bleibt, ob die Fläche wieder landwirtschaftlich genutzt werden kann.) In einer Veröffentlichung fragt die AG Frieden in Trier nach den Ungereimtheiten der Stellungnahmen der **Airbase Spangdahlem**, besonders auch warum es keine unabhängige Untersuchung gibt.

In diesem Zusammenhang wurde noch mal deutlich, dass von Spangdahlem Einsätze in Lybien geflogen werden. Die AGF sagt: „Der Kriegsflughafen in der Eifel macht deutlich, wie viel Zerstörungsenergie hier von Landes- und Bundesregierung mit Millionen Euro unterstützt wird. Gefahr für Mensch und Umwelt wird heruntergespielt und die politische Bedeutung und Funktion von Kampfflugzeugen und Kriegsflughäfen weiterhin verschwiegen.“

Rudi Kemmer hatte in seinem Leserbrief zum Artikel vom 18.01. im Trierischen Volksfreund unter dem Titel „Lobeshymnen für die Lobbyisten“ schon deutlich widersprochen, **die wirtschaftliche Sicherung des Flughafens als Gewinn anzusehen**. Er schreibt: „Dabei wird ausgeblendet das die Airbase Spangdahlem nicht ein Arbeitgeber wie jeder andere ist sondern ein Militärstützpunkt, der der Kriegsführung (vgl. Lybien) dient und unter anderem für die Angriffe mit Drohnen in Afghanistan eine bedeutende Rolle hat.

Afghanische und andere informierte Politologen und Journalisten beschreiben die von der afghanischen Bevölkerung empfundene Bedrohung und ihr Beklagen unverhältnismäßig hoher zivile Opfer in der Folge der Kampfhandlungen als massiv und unerträglich. Diese Besatzungs- und Kriegspraxis, die unsere Politik mit der Verteidigung eigener Interessen verteidigt, verursacht Hass und Verfeindung gegenüber dem Westen unterschiedslos gegenüber Amerikanern und Deutschen und dient nicht der Terrorbekämpfung, sondern schafft Ursachen für Selbstmordanschläge und Terrorangriffe gegen westliche Einrichtungen und Bevölkerung.

Schließlich sind die amerikanischen Militärbasen und die immer offener proklamierte Verzahnung von Militäreinsätzen der Bundeswehr im Ausland und der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen – die dem ehemalige Bundespräsident Köhler noch das Amt kostete – die Verteidigungsminister von und zu Gutenberg nun unwidersprochen bekräftigt – Ausdruck einer Politik die sich vordergründig den (systemischen) Interessen unserer Wirtschaftsform verpflichtet fühlt.

Ob Einsätze amerikanische Airbase oder deutscher Bundeswehr im Ausland, das sind nicht einfach Arbeitsplätze, da werden Soldaten/Innen

missbraucht für die Verteidigungen fragwürdiger Interessen, die eigenes Leben und Gesundheit und Leben und Gesundheit und Existenzgrundlagen von meist armer Zivilbevölkerung in anderen Ländern bedrohen und beschädigen oder gar vernichten. Schließlich sind sie Teil einer Struktur, die sich nicht eignet das Menschheits-Problem von Armut und Hunger zu beseitigen, sondern noch es verstärkt.“

Die **Verleihung des Rheinland-Pfälzischen Friedenspreises** durch die Arbeitsgemeinschaft der Friedensgruppen des Landes – in diesem Jahr ohne aktive Beteiligung unserer Bistumsstelle - auf dem Rheinland-Pfalz-Tag inmitten einer Szenerie mit groß angelegter Bundeswehrwerbung war ein wichtiges Zeichen für gewaltlosen Einsatz für Frieden und Versöhnung.

Frau Dr. Edith Lutz aus Kall erhielt den diesjährigen Friedenspreis für ihren Verständigungsbeitrag zwischen Palästinensern und Israelis. Mit dem Ziel, eine Brücke zwischen den Konfliktparteien zu schlagen, hat sie im September 2010 mit der Gruppe "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" die Fahrt eines kleinen Schiffes mit Hilfsgütern nach Gaza organisiert. Die Aktion war völlig gewaltfrei konzipiert und entsprechend auch so durchgeführt. Die Laudatio hielt Clemens Ronnefeldt, Referent beim Internationalen Versöhnungsbund und pax-christi-Mitglied. Er wies vor allem auch darauf hin, welche Ermutigung von dieser Aktion sowohl für Menschen in Gaza als auch für die Menschen in Israel, die den Frieden mit den Palästinensern suchen, bedeutet. So berichtete der Holocaust-Überlebende Reuven Moskowitz, dass die gemeinsame Fahrt für ihn nach einer Phase der Enttäuschung eine "Offenbarung von Liebe, Solidarität und der Entschlossenheit war, die Menschlichkeit nicht aufzugeben" war.

In den Vorstandssitzungen 2011 hat sich der Vorstand mehrfach mit den Folgen aus den Kontroversen um unseren Beschluss auf der letzten Bistumsversammlung beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist unsere bisherige **Bistumssprecherin Waltraud Andruet** von ihrem Amt zurückgetreten. In einem Gespräch mit der Vizepräsidentin wurden inzwischen die Eindrücke von der Delegiertenversammlung besprochen und die Kontroversen ausgeräumt.

Im Mai hat sich der Vorstand intensiv mit **der Kampagne der Allianz für den freien Sonntag** in Rheinland-Pfalz und im Saarland beschäftigt und beschlossen der Kampagne beizutreten. Solche Sonntagsallianzen und ähnliche Initiativen bestehen auch in vielen anderen EU-Ländern (www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de).

Unter der Überschrift „**Leben ist mehr als Arbeit, Produktion und Geld verdienen**“ sind folgende Ziele der Allianz genannt:

- Einhaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes in Rheinland Pfalz.
- Begrenzung der Ladenöffnungszeiten in Rheinland Pfalz.

- Thematisierung der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Folgen einer „Rund um die Uhr– Konsum- und Kommerz-Gesellschaft“. Die Sonn- und Feiertage sind ein zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und Gesellschaft und schaffen einen verbindlichen Ordnungsrahmen für den kollektiven Zeitrhythmus in allen Lebensbereichen.
- Durch den Begriff "seelische Erhebung" sieht die Verfassung ein grundsätzliches Arbeitsverbot an diesen Tagen vor. Über die bloße Unterbrechung des Arbeitsrhythmus hinaus ist eine Ausgestaltung des öffentlichen Lebens gefordert, die auch positiv zu dieser Erhebung befähigt. Es geht darum, den kulturellen Rhythmus zwischen Arbeit und Ruhe um der Menschen willen zu erhalten und den Menschen eindeutig in den Mittelpunkt allen Wirtschaftens zu stellen. Insbesondere der Sonntag verkörpert traditionell die Freiheit des Menschen von einer rein ökonomisch orientierten Lebensweise. An diesem Tag steht einmal nicht im Vordergrund, was ein Mensch leistet. Vielmehr geht es um das, was jeder zu einem Leben für sich und in der Gemeinschaft mit anderen benötigt. Das natürliche Bedürfnis des Menschen nach Erholung, Muße und Freizeit braucht gemeinsame Ruhezeiten.
- Ein wirksamer Sonn- und Feiertagsschutz sowie die Begrenzung der Ladenöffnungszeiten dienen der humanen Qualität unserer Gesellschaft. - Sonn- und Feiertage sowie der Feierabend schützen den Menschen, die Familie und die persönliche Gestaltung von gemeinsamer freier Zeit. - Sie verschaffen allen die notwendige Zeit der Erholung, der Begegnung, der Besinnung und der Lebensgestaltung.
Das Erleben gemeinsamer freier Zeit in den Familien, mit Freunden, Verwandten und Bekannten, das Engagement im Ehrenamt ist auf gemeinsame freie Zeit angewiesen.
- In der jüdisch-christlichen Tradition ist der Schabbat bzw. der Sonntag ein Tag, der der gottesdienstlichen Feier, der Ruhe und der Zuwendung zum Nächsten gewidmet ist. Die Sonn- und Feiertage setzen Zeichen gegen die Auflösung von gewachsenen Gemeinschaften, die Zersplitterung der Familie, die alleinige Ausrichtung auf Produktion und Kapital. Der verfassungsrechtliche Schutz des Sonntags drückt eine Priorität aus, die sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu bewähren hat. Angesichts des wachsenden Wirtschaftsdrucks ist der Sonntag als ein Tag der Ruhe und des bewussten Andersseins für die Menschen nötiger denn je. Wird der Sonntag zunehmend von der werktäglichen Geschäftigkeit erobert, so ist er für den Menschen als rhythmisch wiederkehrender Zeitanker des gesellschaftlichen Lebens verloren.

Im Juni hat Günter Salz im Vorstand über das „**Bedingungslose Grundeinkommen**“ referiert und mit den Anwesenden auch über kritische Aspekte diskutiert. Gleichzeitig wurden auch verwandte Modelle wie das Bürgergeld usw. begutachtet.

Ostermärsche 2011

In der Region haben Protestveranstaltungen – zum Beispiel in Cattenom gegen die zivile Nutzung der Atomkraft – und Ostermärsche stattgefunden. Es folgt zunächst ein kurzer Bericht zu dem Ostermarsch in Büchel, dann ein Auszug der Rede von Waltraud Andruet, pax christi Saar am Ostersamstag 23. April 2011 in Saarbrücken. Beide Veranstaltungen sind auch durch Bilder auf den Außenseiten des Rundbriefes dokumentiert.

Atomkraft - ein Bombenrisiko

Unter diesem Motto stand der Ostermarsch 2011 in Büchel. Rund 300 Menschen waren gekommen, um für einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie und für den sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu demonstrieren.

Anlässlich des 25. Jahrestags der Atomkatastrophe von Tschernobyl wollte der veranstaltende Initiativkreis gegen Atomwaffen die enge Verflechtung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft thematisieren. Durch die schrecklichen Ereignisse in Fukushima hatte das Thema dann eine besondere Brisanz erhalten. Wie siamesische Zwillinge seien die zivile und die militärische Nutzung der Atomenergie miteinander verbunden, betonte Elke Koller vom Initiativkreis gegen Atomwaffen. Deshalb sei es an der Zeit, nicht nur die Schließung aller Atomkraftwerke zu fordern, sondern auch den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der deutschen Nuklearen Teilhabe in der NATO. In seiner Begrüßungsrede spannte Joachim Willmann von der Wittlicher pax christi-Gruppe den Bogen von den Umweltzerstörungen beim Uranabbau und der Aufbereitung des Erzes über die zivilen und militärischen Altlasten der Atomforschung, besonders der Atomwaffentests, bis zur unlösbaren Frage der sicheren Endlagerung des strahlenden Abfalls. „Hiroshima und Nagasaki standen am Beginn, Fukushima muss das Ende des atomaren Wahnsinns sein“, brachte die Kinderärztin Hildegard Slabik-Münter aus Daun die Forderungen auf den Punkt.

Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund berichtete von seiner soeben beendeten Reise zu Vertretern der ägyptischen Demokratiebewegung. „Das Vorurteil, arabische oder islamische Staaten seien kaum demokratiefähig, wird nach den Erfahrungen in Tunesien und Ägypten hoffentlich revidiert“, so Ronnefeldt. Den Militäreinsatz der NATO in Libyen kritisierte er, da einer gleichzeitigen Verhandlungsinitiative der Türkei keine Chance gegeben wurde. Der Wahnsinn des Rüstungsexports werde an Libyen offensichtlich, wo sowohl das Gadaffi-Regime als auch die Aufständischen sich mit Militärtechnik „made in Germany“ gegenseitig ermorden.

Pfarrer Matthias Engelke, der Vorsitzende des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, moderierte die Kundgebung und fasste zusammen, dass die Friedensbewegung und die AtomkraftgegnerInnen zukünftig enger zusammen arbeiten sollen, um dem Ziel, die Menschheit von der Bedrohung durch den Atomtod zu befreien, gemeinsam zu erreichen.

Joachim Willmann

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

Wir wollen am heutigen Ostermarsch unsere besten Grüße an die Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem Tachierplatz in Kairo übermitteln. Ihr seid für uns und für viele Menschen auf der Welt ein großes Zeichen der Hoffnung. Als Christin will ich nicht vergessen, wie sehr es mich berührt hat, als ich die Mitglieder der Muslimbruderschaft schützend vor die Koptischen Christen gestellt hatten und alle friedlich im Gebet vereint waren. Das war ein großartiges Zeichen der Interreligiösität und Geschwisterlichkeit!

Und natürlich gelten unser Gruß und unsere Wünsche zur Ermutigung auch all jenen in den Ländern der Arabischen Welt, die an vielen Orten und oft unter Einsatz ihrer Existenz und sogar ihres Lebens für Menschenrechte und Demokratie eintreten. Diese Bewegung muss natürlich weitergehen, denn die alten Mächte, das sind vor allem die, die bislang vom Westen gestützt wurden, sitzen ja immer noch in ihren Positionen.

... Wir wollen auch nicht vergessen, wie alles angefangen hat. Am 17. Dezember letzten Jahres, 7 Tage vor unserem Weihnachtsfest, hat sich in Tunesien ein junger Mann, ein Gemüsehändler und Student in seiner Wut und Verzweiflung mit Benzin übergossen und sich zur lebenden Fackel gemacht. Das war Muhamet Bouazizi. Mit seiner Verzweiflungstat ist der Flächenbrand der Demokratiebewegung in allen arabischen Ländern ausgelöst worden. Ich bin gegen Heldenverehrungen, deshalb wäre es mir lieber gewesen, wenn Muhamed es hätte erleben können, dass der Widerstand der einfachen Menschen erfolgreich sein kann.

Widerstand, der erfolgreich sein will, braucht Menschen mit Zivilcourage, Mut und Wissen. Das müssen wir feststellen, wenn Verzweiflungstaten wie die von Muhamed Boazizi, Menschen in die Ausweglose Verzweiflung getrieben werden und das Unrecht sich durchsetzen kann, verhindert werden soll. Zivilcourage und Ermutigung gegen Machtmissbrauch und Gewalt sollten ein fester Bestandteil unseres Erziehungswesens sein. Dass wäre eine gute Versicherung gegen die Verzweiflung, deshalb sage ich auch an die Adresse unseres Grünen Bildungsministers, nicht die Werbung für das Militär an Schulen und Arbeitsagenturen gehören an die Schulen, sondern Friedenserziehung und Bürgerschaftliches Engagement. Diese Kritik gilt nicht nur für das Saarland, sondern für das Ausmaß an geistiger Militarisierung der inzwischen an unseren Schulen und öffentlichen Einrichtungen in ganz Deutschland Einzug gehalten hat.

Denn unser Land wie Europa insgesamt muss voran gehen mit praktischer Friedenserziehung.

Deshalb Schluss mit dem NATO-Krieg in Afghanistan. Schluss mit Angriffskriegen und Militärischen Interventionen die von Europäischen Boden und den Mitgliedern der NATO ausgehen.

Waltraud Andruet

Hunger – Mangel trotz Überfluss Wirtschaftsseminar 2011 von Pax Christi in Kyllburg

Vom 01.-03. April tagte das Wirtschaftsseminar 2011 von Pax Christi im Bistum Trier in Kyllburg zum Thema „Hunger – Mangel trotz Überfluss“. In der Einladung zum Seminar hieß es: „Die Möglichkeiten ausreichend Nahrung für alle zu produzieren sind da. Doch der Hunger wächst und mit ihm Krankheit, Migration, Gewalt, obwohl noch nie die Möglichkeit so greifbar war ihn abzuschaffen. Was sagt das aus über ein Weltwirtschafts-system, das nicht in der Lage ist, die elementarsten Bedürfnisse der Menschen auf dem Globus zu befriedigen?“

Auf den folgenden Seiten wird das Seminar in verschiedenen Aspekten dokumentiert. Zu Beginn steht ein Presseartikel von Egbert Wisser, der mit Informationen aus dem Referat von Kerstin Lanje, Referentin von Misereor, ergänzt wurde.

Dann folgt der Artikel „Ernährung im Kapitalismus“ von Heribert Böttcher, der die Diskussionen der ersten Arbeitsgruppe auf dem Wirtschaftsseminar verarbeitet und systematisiert. In der zweiten Arbeitsgruppe ging es um Hunger und Ernährung weltweit. Paul Klein hatte dazu informative Texte vorgelegt, die sowohl die Folgen wachsender Konkurrenz um die weltweiten Anbauflächen (Energierohstoffe in Flächenkonkurrenz und Land-grabbing) wie auch der Getreidespekulation vor Augen führen. Gleichzeitig können diese Informationen als Anschauungsmaterial für den Artikel von Heribert Böttcher dienen. Aus der dritten Arbeitsgruppe über den Hunger in den Industrieländern können hier keine weiteren Informationen eingebracht werden. Da aber für die Situation in Deutschland zahlreiche Untersuchungen vorliegen, kann sich der Interessent relativ leicht informieren. Die Diskussion über die Frage, kann sich jede Familie das Mittagessen in der KiTa leisten oder auch die vehemente Ausbreitung der Tafeln in den vergangenen Jahren(vgl. dazu das Netztelegramm März 2009 aber auch weitere Informationen zum Thema Armut unter der Internetseite des Ökumenischen Netzes) beleuchten die Situation mit einem Schlag.

Ca. 925 Millionen Menschen auf der Welt leiden zurzeit an Hunger, alle 15 Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen von Unterernährung. Das Millenniumsziel der Vereinten Nationen, den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung bis 2015 auf 10 Prozent zu halbieren, ist in weiter Ferne. So konstatierten mehrere Teilnehmer

während des Seminars: „Vor 30, 40 Jahren haben wir uns schon mit dem Thema beschäftigt – aber an der Situation der Menschen hat sich bis heute nichts geändert, außer dass heute noch mehr Menschen hungern.“ Bedrückende Beispiele bot zum Einstieg die Dokumentation „Hunger“: Der Hunger der Massai in Kenia, der der wasserintensiven Blumenproduktion für Europa geschuldet ist; der Hunger der Menschen in Mauretanien, deren Fischgründe von europäischen Fischfangflotten leer gefischt werden; der Hunger der Menschen im Amazonas-Gebiet, deren Lebensgrundlagen für die Fleisch- und Viehfutter-Produktion zerstört werden. „Diese Bilder machen erst einmal betroffen und sprachlos“, bemerkte ein Teilnehmer, „aber bei der Sprachlosigkeit dürfen wir nicht stehen bleiben.“ Und so widmete sich das weitere Seminar der Frage, wieso trotz ausreichender Produktionsmöglichkeiten nach wie vor die weltweite Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln nicht gelingt.



**Gerecht ist,
wenn alle satt
werden.
Kleinbauern
sind die
wichtigste
Gruppe, um
das Hunger-
problem zu
lösen.**

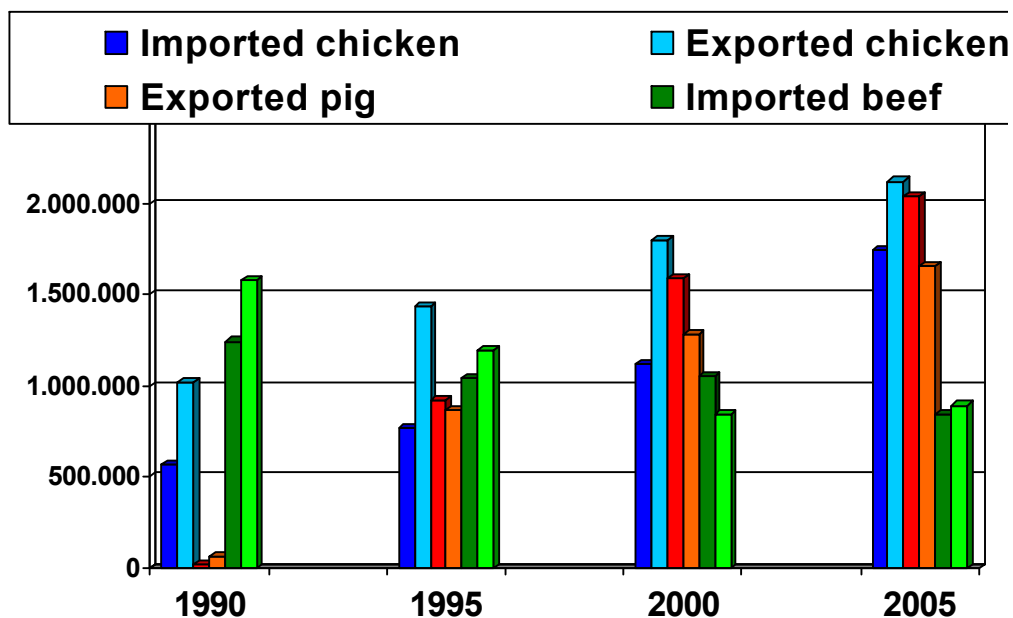
Am Samstagvormittag referierte Kerstin Lanje, Referentin für Entwicklungs-politik bei Misereor. Sie zeigte auf, dass Hunger nicht eine Folge zu geringer Nahrungsmittelproduktion ist. Vielmehr haben viele Menschen – auch wenn sie auf dem Land leben und Kleinbauern sind (Bilder und Grafiken in diesem Abschnitt gehören zu dem Referat von Kerstin Lanje) – nicht die Möglichkeit, Lebensmittel zu kaufen oder selbst zu erzeugen. Sie haben oft keinen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser, Land und Saatgut.

Folgende sechs Herausforderungen, die im Referat ein besonderes Gewicht hatten, sollen ausdrücklich benannt werden:

1. Unsere Konsumgewohnheiten zerstören Afrikas Märkte

2. Die Essensgewohnheiten in Industrieländern verbrauchen zu viel Fläche und Ressourcen
3. Eine schnelle Öffnung der Märkte gefährdet Kleinbauern
4. Die EU-Agrarpolitik (z.B. Erhöhung der Milchquote) bedroht Recht auf Nahrung von Kleinbauern
7. Spekulationen von Agrarprodukten tragen zu schwankenden Weltmarktpreisen bei
8. Marktkonzentration bei multinationalen Unternehmen benachteiligt Kleinbauern

Frau Lanje beleuchtete insbesondere den Zusammenhang zwischen Hunger und den internationalen Rahmenbedingungen: Am Beispiel der EU-Agrarpolitik zeigte sie auf, wie afrikanischen Kleinbauern lokale Märkte streitig gemacht werden: So ruinieren z.B. subventionierte Geflügelimporte aus der EU das Preisniveau für die heimischen Bauern.



EU Fleischhandel 1990-2005

in Mio. t;
vgl. besonders auch die Entwicklung der beiden linken Balken: In- und Export Hühnchen



Burkina Faso

- EU-Milchpulver zu 30 Cent pro Liter verkauft = 7-10 Cent unter lokalen Produktionskosten
- Supermärkte fast ausschließlich durch importierte Milchprodukte beliefert
- Nomaden der Peul-Ethnie müssen Milch unverarbeitet in Umgebung verkaufen
- Billigimporte behindern Aufbau eigener Milchwirtschaft, Arbeitsplätze und faire Preise

Auch wenn die EU oft hochtrabende Ziele wie Klimaschutz und Biodiversität für ihre Agrarpolitik benenne, so würden diese letztlich doch dem Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet. „Das Menschenrecht auf Nahrung steht unter Verwertungsvorbehalt“, so kommentierte ein Teilnehmer.

Diesen Gedanken führte eine Arbeitsgruppe am Nachmittag fort: Eine Gesellschaft, die Nahrungsmittel als Waren produziert, reagiert nicht auf Bedürfnisse – denn theoretisch wäre das Hungerproblem ja mit den weltweit produzierten Nahrungsmitteln zu lösen –, sondern nur auf kaufkräftige Nachfrage. So haben viele Menschen, die nicht über die nötige Kaufkraft verfügen, auch keinen Zugang zu Nahrung.

In einer zweiten Arbeitsgruppe wurde der global zunehmende Anbau nachwachsender Energierohstoffe in Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion problematisiert. Schon jetzt sind die Lebensmittelpreise auf den Weltmärkten beispielsweise durch Biosprit massiv gestiegen – und jede Verteuerung von Lebensmitteln bedeutet mehr Hungernde. „Früher habe ich Vorträge gehalten unter dem Thema ‚Hunger wird gemacht – Das Vieh der Reichen frisst das Brot der Armen.‘ Heute müsste man ergänzen: Das Vieh und der Tank...“, so Horst-Peter Rauguth, Geistlicher Beirat von Pax Christi im Bistum Trier.

Eine dritte Arbeitsgruppe richtete den Blick auf den in die Industrieländer zurückgekehrten Hunger: Heute ist es – insbesondere am Monatsende – auch in Deutschland keine Seltenheit mehr, dass in ärmeren Stadtvierteln Kinder ohne Essen in die Schule kommen.

Eine besondere Bereicherung des Seminars stellten die Bilder des saarländischen Künstlers Mario Andruet dar: An mehreren seiner Werke zeigte er auf, dass Hunger ein Thema ist, das sich von seinen frühen realistischen bis zu seinen heutigen surrealistischen Bildern wie ein roter Faden durch sein Werk zieht.

In einer biblisch-theologischen Reflexion wurde deutlich, dass das Evangelium eine andere Logik vertritt als die gegenwärtige Gesellschaft: Die Speisungsgeschichten erzählen, dass der Hunger der Menschen nicht durch Geld gestillt werden kann: „Brot für zweihundert Denare reicht nicht aus, wenn jeder von ihnen auch nur ein kleines Stück bekommen soll.“ (Joh 6,7)

Stattdessen stehen die menschlichen Bedürfnisse im Vordergrund: Die Menschen, die Hunger haben, werden gesättigt. Wenn in der Feier der Eucharistie Leben, Tod und Auferstehung Jesu erinnert und gefeiert werden, werden Brot – das Zeichen des Überlebens – und Wein – das Zeichen der Lebensfreude – zum Symbol für die neue Welt Gottes und das verheißene Leben in Fülle für alle Menschenkinder: alle werden satt und des Lebens froh. Diese Verheißung ist schon heute Herausforderung für uns: Die Stillung des Hungers und der Zugang zu

den Gütern, die Menschen brauchen, um ihr Leben und Überleben zu sichern, muss für alle möglich sein. Egbert Wisser

Ernährung im Kapitalismus

1. Phänomene („Erscheinungen“)

„Langfristig sinkt der Wohlstand des Weltsystems und der Gesamtheit der Arbeitskräfte der Erde – entgegen einer sehr weit verbreiteten Annahme steigt er nicht.“ schreibt Immanuel Wallerstein in einer Studie zur Geschichte der agrarischen Produktion & Ernährung Ende der 70er Jahre¹. Heute findet diese Aussage eine katastrophale Bestätigung. Die Ernährungslage nimmt in der Zweidrittelwelt immer dramatischere Formen an. Zugleich breiten sich Armut, schlechte Ernährung und Krankheit auch in den sog. reichen Ländern aus.

2. Widersprüchliches

Im letzten Jahrhundert ist die Produktivität schneller gewachsen als die Bevölkerung. Angesichts der damit verbundenen Möglichkeiten könnte leicht die doppelte Anzahl der heute lebenden Menschen gut ernährt werden. Hunger und schlechte Ernährung haben also nicht ihren Grund in mangelnden Erträgen im Verhältnis zur Bevölkerung. Vielmehr: Die (betriebswirtschaftliche) Logik der Rentabilität erzwingt eine Produktion und Distribution von Nahrungsmitteln, die ‚systematisch‘ Hunger verursachen:

- Der Zugang zu Lebensmitteln ist an die rentable Verwertung der Arbeitskraft gebunden. Wachsende Produktivität macht Arbeit ‚überflüssig‘. Wer ‚überflüssig‘ ist, bleibt ohne (hinreichende) Kaufkraft und damit hungrig.
- Angesichts mangelnder Nachfrage wird ‚Überproduktion‘ zum Problem. Die Preise für Nahrungsmittel sinken – unter Umständen unter ihren Wert. Betriebswirtschaftliche Logik erzwingt die Stabilisierung des Preises durch Entwertung von Nahrungsmitteln.
- Gegenwärtig wächst die Nachfrage nach Nahrungsmitteln massiv. Sie sind als Rohstoff zwecks Energiegewinnung nachgefragt. Die Preise steigen. Nahrungsmittel werden für die ‚Überflüssigen‘ zu einem nicht mehr bezahlbaren ‚Luxus‘.
- Gleichgültig ob Überproduktion oder Knappheit: Die ‚Überflüssigen‘ haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln, die im Rahmen des betriebswirtschaftlichen Zwangssystems produziert und vermarktet werden.
- Verschärfte Konkurrenz erzwingt Strategien zur Kostensenkung. Dies führt ökologisch zur Zerstörung (Erosion, Degradation) und ökonomisch zur Verknappung der Böden (z.B. infolge anorganischer Düngung und Schädlingsbekämpfung), sozial zu Qualitätsverlust der Nahrung, gesundheitlichen Gefährdungen infolge der Denaturierung

¹ Zitiert in Robert Kurz, *Natura denaturata. Die Ernährung der Menschheit durch den Kapitalismus*, in: *medico rundschriften* 01/1999.

von Lebensmitteln, und nicht zuletzt zur Verelendung der Essgewohnheiten².

3. Reichtum im Kapitalismus

3.1 Kapitalismus als warenproduzierende Gesellschaft

Die Ware prägt den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft. Die Produktion von Waren bestimmt ihre Form. Sie ist warenförmig, also eine warenproduzierende Gesellschaft.

Wert und Wertgröße:

- In der warenförmigen Vergesellschaftung zielt die Produktion von Waren nicht auf deren Gebrauchs-, sondern auf deren Tauschwert. D.h. es geht nicht darum, was (konkret) produziert wird, sondern um etwas abstraktes: die Ware als Träger von Wert. Im Blick auf den Tausch der Waren ist der Wert das, was allen unterschiedlichen Waren gemeinsam ist.
Warenförmige Vergesellschaftung heißt: Waren werden in einem gesellschaftlichen Zusammenhang produziert, d.h. der einzelne Produzent produziert für einen anonymen gesellschaftlichen Zusammenhang, d.h. für den Tausch und nicht für den Gebrauch. Wesentlich ist das, was allen unterschiedlichen Waren gemeinsam ist: der (Tausch-) Wert. In der Produktion im Rahmen einer warenförmigen Gesellschaft sind Produzent (Tun) und Produkt (Getanes) getrennt: Die Produktion steht unter dem Formprinzip der Ware. Dieser gesellschaftliche Zusammenhang (gesellschaftliche Form) macht sie zum Träger von Wert.
- In dieser gesellschaftlichen Vermittlung (d.h. ‚private‘ Produktion für einen anonymen gesellschaftlichen (Form-) Zusammenhang) ist der Wert durch die Verausgabung abstrakter Arbeit konstituiert. Die Wertgröße ist bestimmt durch die Zeit, die im gesellschaftlichen Durchschnitt für die Arbeit aufgewendet werden muss, mittels deren Verausgabung die Ware produziert wird.
- Im Kapitalismus ist der Wert die bestimmende Form des Reichtums. Die Akkumulation des Kapitals geschieht durch den Einsatz von Kapital für die Produktion von Waren als Träger von Wert und Mehrwert in einem immer wieder neu einsetzenden Prozess der Verwertung des Kapitals zwecks Akkumulation. Dieser Prozess der (Selbst-) Verwertung des Kapitals ist der (abstrakte) Selbstzweck der kapitalistischen Warenproduktion.

3.2 Der Widerspruch zwischen Stoff und Wert(form)

² „Es sind postmoderne Manager, die das Essen im Gehen („Food on the run“) und das Frühstück im Auto („Food an the ride“) zur Mode kreieren. Und sie nehmen dabei Stoffe zu sich, die ein mittelalterlicher Bauer nicht einmal seinem Schwein gegeben hätte. Wer wollte da noch zweifeln, dass uns die Marktwirtschaft zum glorreichen Ende der Geschichte geführt hat?“ Vgl. ebd.

3.2.1 Stofflicher Reichtum

Unter dem Begriff Stoff sind sowohl Rohstoffe als auch produktive Kapazitäten zu verstehen. Rohstoffe können zu lebensdienlichen Gütern verarbeitet werden. Produktive Kapazitäten machen es möglich, hinreichende Quantitäten und Qualitäten von Gütern herzustellen. Zudem erleichtern und beschleunigen sie Herstellungsprozesse.

Im Gegensatz zum Wert als warenförmigem Reichtum bezieht sich stofflicher Reichtum auf Quantität und Qualität der Produkte. Dieser Reichtum ist konkreter, lebensdienlicher Reichtum. Er entsteht durch die Verausgabung konkreter Arbeit. Wenn aufgrund von technologischen Fortschritten die Arbeitszeit gesenkt werden kann, bedeutet dies ein Wachstum des Reichtums an Zeit.

3.2.2 Stofflicher Reichtum im Kapitalismus

Auch im Kapitalismus ermöglicht wachsende Produktivität wachsenden stofflichen Reichtum. Z.B. Wachsende Produktivität in der Landwirtschaft schafft mehr stofflichen Reichtum an Nahrungsmitteln. Das Problem aber ist, dass im Rahmen der kapitalistischen Vergesellschaftung (also im Formzusammenhang von Ware, Wert, abstrakter Arbeit, Geld) bei jedem Produktivitätsfortschritt der Wert der Ware sinkt:

„Eine Erhöhung der durchschnittlichen Produktivität zieht eine Erhöhung der durchschnittlichen Menge der pro Zeiteinheit produzierten Ware nach sich. Dadurch verringert sie die Menge der für die Produktion einer einzelnen Ware erforderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit und somit den Wert einer jeden Ware.“³

Die Folge: Wert und stofflicher Reichtum brechen auseinander: „Dieselbe Arbeit ergibt ... in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle. Aber sie liefert in derselben Zeitspanne verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt.“⁴

Stofflicher Reichtum, der nicht in die Wertform gepresst werden kann, bedroht die Grundlagen, die Form der kapitalistischen Vergesellschaftung. Entsprechend müssen Nahrungsmittel, die stofflichen Reichtum darstellen, vernichtet werden, wenn infolge von Überproduktion der in ihnen dargestellte Wert nicht in Geld verwandelt werden kann.

4. Perspektivisches für die Suche nach Alternativen

4.1 Das Recht auf Leben ist nicht verhandelbar

Jüdisch-christliche und marxistische Tradition konvergieren darin, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse menschlichen Lebens ein unhintergebarer Maßstab ist, an dem die ‚Qualität‘ gesellschaftlicher Verhältnisse gemessen werden müssen. Im Blick auf Ernährung heißt dies:

³ Moishe Postone, Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg 2003, 297.

⁴ Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, MEW 23, 61.

Menschen brauchen Zugang zu dem, was sie an Nahrungsmitteln für ihr Leben benötigen.

4.2 ... aber abhängig von der Verwertung des Kapitals.

Im Kapitalismus jedoch ist die Produktion, dessen, was Menschen für ein gutes Leben brauchen, sowie der Zugang dazu abhängig von der Verwertung des Kapitals. Solange der Wert die Form des Reichtums ist, bleibt der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen für alle eine Illusion. Das kapitalistische Betriebssystem, das vom Wert als Form des Reichtums bestimmt ist, kann nicht auf ein menschenwürdiges Leben für alle ausgerichtet werden. Im Gegenteil, jeder Produktivitätsfortschritt droht die Krise zu verschärfen.

Der Widerspruch zwischen stofflichem Reichtum macht die Absurdität der kapitalistischen Veranstaltung deutlich: Gesellschaftlich ist der stoffliche Reichtum, d.h. die stofflichen und praktisch-technischen Voraussetzungen, dafür vorhanden, dass Menschen ausreichend und gut ernährt werden können. Nur können die stofflichen Möglichkeiten im kapitalistischen Rahmen nicht zu diesem Zweck aktiviert werden, weil sie dem Zweck der Kapitalverwertung unterworfen sind. Solange es nicht gelingt, den Kapitalismus zu überwinden, wird es zunächst weiter gehen damit, dass immer mehr Menschen hungern müssen und immer mehr Lebensgrundlagen zerstört werden, obwohl die Möglichkeiten vorhanden wären, hinreichende und gute Nahrungsmittel zu produzieren und ökologische Schäden zu vermeiden. Dabei werden die inneren Schranken der Kapitalverwertung immer sichtbarer. Die Kapitalverwertung untergräbt ihre eigenen Grundlagen: die Arbeit als Substanz des Kapitals sowie die Ressourcen der Natur. Der Weg in ein beschleunigtes ‚Wachstum‘ der Katastrophen ist programmiert.

4.3 Der Widerspruch zwischen stofflichem Reichtum und Wertform als Sprengkraft?

Die Herausforderung bestände darin, den weltweiten Fluss stofflicher und sozialer Ressourcen so zu organisieren, dass sie auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet werden, statt die Befriedigung menschlicher Bedürfnissen von der Kapitalverwertung abhängig und damit immer unmöglicher zu machen. Dabei gibt es gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass der reale Mensch als leiblich-sinnliches und soziales Wesen, das trotz aller Deformierung die Unterwerfung unter die Zwänge der Kapitalverwertung sein Leiden darunter in seinem Körper und in seiner Seele spüren und zum Ausdruck bringen kann. Er ist fähig, sich mit anderen über seine Leiden zu verständigen, sie analysierend zu begreifen und Strategien zu entwickeln, sich aus der Zwangsjacke der Kapitalverwertung zu befreien. Dazu braucht es sozialer Orte, reflektierender Milieus, in denen sozialer Widerstand und emanzipatorische Orientierungen wachsen können.

4.4 Transformation des Kapitalismus und eucharistische ‚Transsubstantiation‘

Die Transformation des Kapitalismus setzt den Bruch mit einer in die Form von Ware, Wert, abstrakte Arbeit, Geld... gepressten Gesellschaft voraus. Ohne Veränderung der Form keine Transformation.

In der Eucharistie werden Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi verwandelt. Theologen nennen dies Transsubstantiation und meinen damit eine Änderung der Form, d.h. des Wesens. Brot und Wein werden in einen anderen inhaltlichen Zusammenhang, d.h. den Zusammenhang des Lebens, des Todes und der Auferstehung Jesu gestellt. Das ändert ihre Form: Brot und Wein werden zum Leib und zum Blut Christi, d.h. zu Zeichen von Jesu Leben, Tod und Auferstehung.

In Brot und Wein steckt das reale Leben: Ihren „Warencharakter ... und damit die Erkenntnis, dass in ihnen gesellschaftliche Zustände, Machtverhältnisse, Gewalt und Unterlassung der Gegenaktion materialisiert und kommerzialisiert sind, kann man nicht außer Acht lassen ... Da nützt es nicht das Geringste, wenn das Korn von frommen Klosterbäckern gesät und geerntet, die Hostien von heiligmäßigen Nonnen gebacken worden sind. Diese Sonderanfertigungen entlassen uns nicht aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem unser tägliches Brot steht...“⁵

Mit der Verwandlung von Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi wird auch die Warenförmigkeit von Brot und Wein verwandelt. Brot und Wein werden nun zum Zeichen einer neuen Welt, die mit der Warenform gebrochen hat. Wenn Brot und Wein zum Zeichen für das Leben Jesu werden, sind sie auch Zeichen für eine Welt, in der Menschen Zugang haben zu dem, was sie zum Leben brauchen (Brot), und im Teilen des Brotes die Freude gegenseitiger Anerkennung erfahren (Wein), eine Welt ‚jenseits‘ der Warenform. So impliziert die Transsubstantiation von Brot und Wein die Transformation des Kapitalismus. Entsprechend dem Zeichen von Brot und Wein müssten Menschen, die Eucharistie feiern, sich auch selbst verwandeln lassen in eine Gemeinschaft, die zum Leib Christi wird. Die Gemeinde als Leib Christi wäre der soziale Ort, an dem lebendig wird, was in der Verwandlung von Brot und Wein zum Ausdruck kommt. Sie könnte sich in der Feier der Eucharistie stärken lassen in ihrer Verwandlung, um mutiger und entschiedener, den Weg zu einer anderen Gesellschaftsform zu gehen, zu einer Welt, in der der Zugang zu den Lebensmitteln, zu Brot und Wein, nicht mehr der Verwertung des Kapitals unterworfen ist. Wenn diejenigen, die zur Messe gehen, begriffen, was sie da inhaltlich tun, wären wir der Transformation des Kapitalismus schon ein Stück näher...

Heribert Böttcher

Wachsende globale Produktion von Energierohstoffen in Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion *- Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Dezernat*

⁵ Walter Dirks, Ehe, Eucharistie, Sozialismus, in: ders., Der singende Stotterer. Autobiographische Texte, München 1983, 151.

Zukunftsanalyse 2010 -

Unter den Bedingungen des Peak Oil (Überschreiten des globalen Fördermaximums von Erdöl; eine starke Verteuerung des Erdöls stellt ein systemisches Risiko dar.) ist mit einem massiven Ausbau der Produktion von nachwachsenden Rohstoffen sowohl für energetische Zwecke als auch zur stofflichen Verwendung zu rechnen. (Die nachwachsenden Rohstoffe werden vor allem für energetische Zwecke verwendet, etwa als Treibstoffe oder in effizienter Weise für die dezentrale Stromerzeugung mit Kraft-Wärmekopplung. Als gut lagerbarer und konstant verfügbarer Energieträger sind sie ein wichtiger Teil der beschleunigten Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Daneben gewinnt die stoffliche Verwendung etwa für die Chemieindustrie eine wachsende Bedeutung. Denkbare Größenordnungen für den Biomasseanbau reichen von 200 bis über 700 Exajoule/Jahr (Worldwatch Institute) – d.h. von einem Fünftel bis deutlich mehr als die Hälfte des Weltenergiebedarfs und darüber hinaus. Aktuell wird davon ausgegangen, dass das Primärenergieangebot aus Biomasse unter global nachhaltigen Bedingungen bis 2050 maximal verdoppelt werden kann; vgl.

„Ernährungssicherung und Biomassenutzung für energetische Zwecke“, Diskussionspapier der Plattform Nachhaltige Biomasse vom Dezember 07.) Die dafür notwendigen landwirtschaftlichen Nutzflächen sind jedoch begrenzt. Die starke Ausweitung des Anbaus nachwachsender Energierohstoffe verstärkt so zwangsläufig und massiv die globale Konkurrenz um landwirtschaftliche Nutzflächen und Wasser. Im Wettbewerb stehen hierbei Pflanzen zur Energiegewinnung mit solchen zur Nahrungsmittelherstellung und Pflanzen für den Tierfutteranbau.

(Heute werden weltweit schon 70% des Süßwassers für die landwirtschaftliche Produktion verbraucht. Hinzu kommt die zunehmende Produktion von Fleisch und Milch, für den drei- bis viermal soviel fruchtbares Ackerland erforderlich ist.) Zersiedelung und Infrastrukturmaßnahmen führen oft zu weiteren Einschränkungen einer möglichen Flächennutzung. Der durch den Peak Oil zu erwartende massive Anstieg der Rohölpreise verteuert zusätzlich energieintensive landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Dünger und Pflanzenschutzstoffe sowie den Transport der landwirtschaftlichen Zwischen- und Fertigprodukte. (Vgl. Worldbank, High Food Prices - A Harsh New Reality, Robert Zoellick,) Dies führt zu einer stetigen Verteuerung von Nahrungsmitteln; zumindest zu einer steigenden Volatilität der Nahrungsmittelpreise. Unter den steigenden Nahrungsmittelpreisen leiden vor allem einkommensschwache Schichten in den Städten und die Landbevölkerung – soziale Scheren öffnen sich weiter. Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums vorwiegend in den Entwicklungsländern verschärft sich möglicherweise die Problematik einer regionalen Nahrungsmittelunterversorgung bis hin zu Hungerkrisen. Durch die Begrenztheit möglicher Anbauflächen ist der hohe Bedarf an Energierohstoffen in Industriestaaten in der Regel nicht vollständig durch Eigenproduktion zu decken, sondern nur durch Importe. Flächen für die Bioenergieproduktion existieren vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, etwa in

Afrika südlich der Sahara, der Karibik und Lateinamerika sowie in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten. (Der Flächenbedarf für die Landwirtschaft wird sich bis 2050 mindestens verdoppeln.)

Damit nimmt grundsätzlich der Druck auf bzw. der Konkurrenzkampf um die landwirtschaftlichen Flächen insbesondere in den südlichen Anbauländern überproportional zu. Unter der Bedingung, dass eine global nachhaltige Produktion von Biomasse noch nicht erreicht werden konnte, zeichnen sich verschärfte Auseinandersetzungen um die strategische Ressource Land ab – eine klassische Konfliktursache. Besonders arme und im ländlichen Raum lebende Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind gezwungen, andere bzw. neue Flächen für den Nahrungsmittelanbau zu erschließen. Durch die Umwandlung von Wald- in Ackerflächen ist insbesondere die indigene Bevölkerung gefährdet, die angestammte Siedlungsgebiete verliert. Staatlich angeordnete Umsiedelungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bioenergieanbau führen im Grenzfall zur Enteignung von Siedlungsgebieten. Vertreibungen und bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen werden wahrscheinlicher. (Zum Beispiel in Indonesien, wo es schon zur Beschlagnahme von Land und zu Umsiedelungen im Zusammenhang mit der Ausweitung von Ölpalplantagen kam). Die Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen wird auch durch global agierende Staaten und Unternehmen forciert, die schon heute weltweit Flächen kaufen oder pachten. Diese strategischen Engagements im Agrarsektor dürften sich ausweiten, wobei bei der Aneignung von Grund und Boden staatliche und privatwirtschaftliche oder gar substaatliche Interessen nicht leicht zu trennen sind.

Land-Grabbing

Mehr als 70 Prozent der Nachfrage nach Ackerland hat sich auf die afrikanischen Staaten gerichtet, wie etwa Äthiopien, den Sudan oder Mosambik. Ein Auslöser war die Nahrungsmittelkrise. Interessenten sind nicht nur europäische Staaten und die USA, sondern auch China und die Golfstaaten. Unfaire Rahmenbedingungen der bisherigen Deals haben den Begriff "land grabbing" geprägt - Land raffen.

Nicht nur in den hiesigen Medien hält sich die Kritik in Grenzen, auch von der UNO ist wieder einmal nicht viel zu erwarten. Die Welternährungsorganisation FAO beispielsweise veröffentlichte Mitte 2009 eine Studie, in der auf die angeblichen segensreichen Folgen des „Land Grabbing“ hingewiesen wurde. Die Großprojekte brächten ja die Erschließung von Agrarflächen, Infrastrukturinvestitionen und Bauaufträge mit sich. Nicht berücksichtigt wurde, dass die meisten dieser Verträge unter strikter Geheimhaltung ausgehandelt werden, teilweise auch mit keiner politischen Kontrolle unterliegenden Regierungen. Gerade in Afrika sind Grundbucheinträge weitgehend unbekannt, und das Land gehört letztendlich dem Staat. Da wundert es nicht, dass „Land Grabbing“ auf dem FAO-Gipfel im Februar 2010 nicht einmal erwähnt wurde. Immerhin bequeme sich FAO-Chef Jacques Diouf, derartige Wirtschaftsbeziehungen als „neokoloniales System“ zu bezeichnen.

Brechen die ohnehin angeschlagenen Staaten dann zusammen, droht ihnen die Abhängigkeit von IWF und Weltbank, die zu teilweise brutalen „Strukturanpassungsprogrammen“ greifen und dabei die postkolonialen Ökonomien doch nur weiterhin zu deklassierten Zulieferern des Weltmarktes machen. Noch schlimmer kann es kommen, wenn Großmächte wie die USA oder die EU ihre geostrategischen und wirtschaftspolitischen Interessen gefährdet sehen: Dann droht eine wie auch immer verbräunte militärische Intervention, die das Land zu einem Protektorat herabdrückt. Diese Neukolonisierung der durch die koloniale und postkoloniale Politik des Westens ruinierten Staaten findet seit einiger Zeit auch in Deutschland ihre Fürsprecher, so beispielsweise in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder in der „Welt“, aber auch in akademischen Kreisen und in Positionspapieren von EU und CDU, die eine auch militärische Sicherung wirtschaftlicher Interessen vorsehen. In den USA fordern Ökonomen wie Paul Romer bereits die Einrichtung von „Charter Cities“ in der „Dritten Welt“. Hierbei handelt es sich um privat finanzierte Industrie- und Handelsniederlassungen, die quasi unter internationaler Kontrolle und auch internationalem Schutz stehen. Hierfür verkauft ein Entwicklungsland eine unbesiedelte Fläche und verzichtet für eine vertraglich festgelegte Zeit auf seine Souveränitätsrechte, um in den Charter Cities die Keimzelle einer ökonomistisch-autoritären Entwicklungsdiktatur zu legen und – vor allem – um die Taschen der investierenden Konzerne zu füllen.

Der Fond für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) geht davon aus, dass die Preise für Lebensmittel bis 2020 um bis zu 27% steigen werden. Auch weiterhin werden Investoren Land in Afrika aufkaufen, um es zugunsten der „entwickelten Länder“ wie auch der Schwellenländer zu bewirtschaften. Hier kann von einem Neokolonialismus gesprochen werden, der die finanzielle Notlage gerade der afrikanischen Staaten ausnutzt und letztlich Bestandteil eines Teufelskreises ist: Abhängigkeit vom Weltmarkt – wirtschaftliche und finanzielle Probleme – ungünstige Geschäfte wie „Land Grabbing“ oder wirtschaftliche Liberalisierung – Destabilisierung bis hin zum staatlichen Kollaps. Bereits jetzt werden vom US-Think Tank „Fund for Peace“ rund zwanzig afrikanische Länder als „Failed States“ gehandelt; damit ist „Land Grabbing“ ein Aspekt der einen gesamten Kontinent ruinierenden Strukturen des kapitalistischen Weltsystems.

Geschäft mit dem Hunger

- Auszüge aus einem Artikel von Michael Krätke im Freitag 09.09.2010

Fonds und Banken wetten an Terminbörsen auf steigende Rohstoffpreise. Die Zockerei hat Folgen: Die Welt steht vor der nächsten Nahrungsmittelkrise.

...Börsengeschäfte können den Tod bringen. Denn an den Warenbörsen der Welt wird auch mit Nahrungsmitteln gehandelt und der Nahrungsmittelpreis für Milliarden Menschen bestimmt.

In unseren Breiten bedeutet Armut nicht gleich den Hungertod. Für über eine Milliarde Menschen aber ist Unterernährung real. Ebenso real wie die

gigantischen Mengen an Nahrungsmitteln, die pro Jahr erzeugt werden und ausreichen, mehr als die heutige Weltbevölkerung zu ernähren. Dennoch gerät die Welt von einer Lebensmittelkrise in die nächste.

Börsengeschäfte können den Tod bringen. Denn an den Warenbörsen der Welt wird auch mit Nahrungsmitteln gehandelt und der Nahrungsmittelpreis für Milliarden Menschen bestimmt. In unseren Breiten bedeutet Armut nicht gleich den Hungertod. Für über eine Milliarde Menschen aber ist Unterernährung real. Ebenso real wie die gigantischen Mengen an Nahrungsmitteln, die pro Jahr erzeugt werden und ausreichen, mehr als die heutige Weltbevölkerung zu ernähren. Dennoch gerät die Welt von einer Lebensmittelkrise in die nächste.

Derzeit ist es wieder so weit. Vor wenigen Tagen protestierten in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo Tausende gegen die gestiegenen Brot- und Energiepreise. Die Polizei schoss scharf, es gab mindestens zehn Tote. Bereits 2007 und 2008 stiegen die Preise vieler Nahrungsmittel dramatisch. Sie verdoppelten oder verdreifachten sich für Weizen, Reis und Mais und erreichten teils die höchsten Werte seit 30 Jahren. Der Reispreis zum Beispiel stieg um fast 180 Prozent in weniger als zwei Jahren. Alles startete auf die Finanz- und Bankenkrise, während sich im Hintergrund eine Lebensmittelkrise von enormer Härte anbahnte. Mindestens 120 Millionen Menschen stürzten unter die Armutsschwelle. In etlichen Ländern des globalen Südens, die dank der Globalisierung keine Nahrungsmittel mehr exportieren, sondern sie importieren müssen, brachen Hungerrevolten aus – es kam zu Unruhen in mehr als 30 Staaten. Während momentan in Deutschland ein Konjunkturschub beschworen wird, schießen weltweit die Preise für Kaffee, Kakao, Zucker und Milchprodukte in die Höhe. Gleiches gilt an den Warenterminbörsen für Getreide, Soja und Reis. Die wichtigsten Handelsplätze befinden sich in New York (NYMEX /COMEX) und in Chicago mit dem schon 1848 gegründeten Board of Trade (CBOT) sowie dem 1898 entstandenen Chicago Mercantile Exchange (CME). In Europa werden Nahrungsmittel und Rohstoffe an Warenterminbörsen in London, Paris (Matif), Amsterdam und Frankfurt/Main (Eurex) gehandelt, auch in Mannheim, seit 1998 sogar in Hannover. Überall dort werden Agrarprodukte nicht in natura, sondern in standardisierten Einheiten gehandelt. Die Kauf- und Verkaufskontrakte beziehen sich auf einen bestimmten Termin in der Zukunft und heißen „Futures“. So kann man beispielsweise mit Getreide handeln, bevor es ausgesät ist – ein spekulatives Geschäft mit den Erträgen und Agrarpreisen der kommenden Monate.

2007 und 2008 gab es schlechte Getreideernten in Australien, einem der größten Weizenexporteure der Welt. 2010 gibt es Dürrekatastrophen in Russland. Die Ernteauffälle treiben den dortigen Brotpreis um mehr als 20 Prozent hoch. Wenn die Regierung in Moskau die Nahrungsmittelexporte einschränkt – gerade hat Ministerpräsident Wladimir Putin das Exportverbot für Weizen sogar verlängert –, sorgt das für Jubel bei den Spekulanten. Zwar werden nicht alle Nahrungsmittel an den Warenterminbörsen gehandelt, aber jene für die Ernährung der Weltbevölkerung wichtigsten wie Weizen, Reis, Soja und Mais auf jeden Fall.

Die US-Aufsichtsbehörde Commodity Futures Trade Commission (CFTC), die ihren Blick auf die Warenterminbörsen in den USA richtet, hat mehrfach konstatiert, dass die Preisbestimmung bei den Agrofutures mit Angebot und Nachfrage, mit Ernteaussichten und Absatz nichts mehr zu tun hat. Die Manie der Märkte lässt die Preise extrem schwanken. Obwohl die Nahrungsmittelproduktion kaum steigt oder stagniert, explodiert die Zahl der Agrofutures. Wurden vor ein paar Jahren noch rund 30.000 Weizenfutures pro Tag in Chicago gehandelt, sind es heute mehr als 250.000.

... Nur zwei Prozent der gehandelten Agrofutures führen zu einer wirklichen Transaktion im Warenhandel – sprich: zur tatsächlichen Lieferung der Ware im Austausch gegen das Wertpapier zum Verfallstermin. Der ganze große Rest ist reine Spekulation – auf steigende oder fallende Preise – und dient allein der Bereicherung.

... FAO-Experten konstatieren deshalb den Ausbruch der nächsten Hungerkrise, die sich kaum aufhalten lässt. Denn die fast risikolose Spekulation an den Warenterminbörsen ist ein Milliardengeschäft, für das man noch weniger Eigenkapital braucht als im Aktienhandel. Das Geschäft korrumpiert die Produzenten nachhaltig, denn weltweit versuchen die Bauern, dem Veitstanz der Börsen zu folgen, um ein wenig mitzuverdienen. Schlechte Nachrichten also für die Ärmsten dieser Welt – sie zahlen die Zeche für die Rallye an den Warenbörsen. Mit millionenfachem Hunger, mit zehntausendfachem Tod.

Solche Schlaglichter zeigen auf, dass unser Wirtschaftssystem keine Antworten auf extreme Armut, Mangelernährung und chronischen Hunger hat. Die Antworten des Systems – mehr Technik, mehr Markt, mehr Wettbewerb – verschärfen die Krisen, denn das Modell stößt schon heute an soziale und ökologische Grenzen. Und wo alles nichts hilft, müssen mit den zugelassenen Methoden (Landgrabbing) oder gewaltsam die Ressourcen gesichert werden. Nicht zu Unrecht heißt es, dass sich tragfähige Lösungen nur durch einen Ausbruch aus der Normalität der kapitalistischen Konkurrenz entwickeln lassen.



In dem Flugblatt der Ag Frieden vor den Landtagswahlen, aus dem die obige Grafik stammt, heißt es: Das Kultusministerium RLP hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr unterzeichnet. Damit erhalten Soldaten noch besseren Zugang zu Schülerinnen und werden in die Lehreraus-

bildung eingebunden. Dies widerspricht Schulgesetz, Mindestanforderungen politischer Bildung und UN-Kinderschutzkonvention. Der Bundeswehr-Werbefeldzug darf keine exklusive Bühne in der Schule erhalten – wir wollen Schulen ohne Militär, Beseitigung von Kriegsursachen, Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und Bildung zum Frieden. Wahlprüfstein und Forderung ist die **Beendigung der Bundeswehr-Schul-Kooperation!** *Aus der Kampagne hat sich inzwischen die Initiative „Schule ohne Militär“ gebildet.*

Auch die neue rot-grüne Landesregierung ist von dieser Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr nicht abgerückt. Wie notwendig ein solcher Schritt gewesen wäre, soll der folgende Auszug einer Sendung der Deutschen Welle aus dem Jahre 2010 dokumentieren:

„Bundeswehr wirbt in Schulen um Nachwuchs!“

Der Geburtenrückgang bereitet der Bundeswehr Sorgen? Schon bald wird ihr der Nachwuchs fehlen. Besonders in Schulen will sie deshalb verstärkt um junge Menschen werben. Doch das weckt mitunter Argwohn.

Oberleutnant Norman von Palubitzki lässt seinen Blick über die 25 Schüler in der Aula des Sally-Bein Gymnasiums im brandenburgischen Städtchen Beelitz wandern. ...Ich bin seit 1999 bei der Bundeswehr und bin jetzt Wehrdienstberatungsoffizier“, leitet er seinen Vortrag ein. "Ich erkläre tagein, tagaus jungen Menschen die Bundeswehr."

Im Jahr hält von Palubitzki rund 200 Vorträge in Schulen. Mit dem Daumen der linken Hand drückt er auf die Fernsteuerung des Projektors. Auf der Stirnwand erscheint eine zerfurchte Winterlandschaft mit drei Panzern. Er zeigt auf einen davon. "Das ist ein Kampfpanzer, 62 Tonnen schwer, 1500 PS, mit dem zärtlichen Verbrauch von 4 Litern? auf einem Kilometer." Die Stimme des Offiziers bekommt einen fast schwärmerischen Ton. "Das ist meine Bundeswehr", sagt der Mann von der Panzertruppe. Die Schüler kichern, aber von Palubitzki lässt sich nicht beirren und zählt die Möglichkeiten und Perspektiven einer Laufbahn bei der Truppe auf. Seine 17- und 18-jährigen Zuhörer folgen ihm aufmerksam. Sie sind in der Oberstufe und müssen sich bald auf dem Arbeitsmarkt umsehen.

Die Bundeswehr ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland... Die Karrieren sind vielfältig. Angeboten werden 50 Ausbildungsberufe und 20 Studienfächer. Oben rechts im Klassenzimmer sitzt Tobias Krumpmann. "Da kann man viel erreichen, die wollen dir einen guten Start ins Leben geben", sagt der junge Mann mit den kurzen Haaren. Für eine Karriere als Soldat braucht er kein Spitzenabitur und muss kein Leistungssportler sein. "Einer mit einem tollen Abitur, der aber umfällt, wenn man ihm den Rucksack aufsetzt", erklärt der Oberleutnant, "nützt uns genauso wenig wie ein 2,20 Meter Hüne, der seinen Namen nicht schreiben kann. Wir brauchen die Mischung!"

Die Leitung des Beelitzer Gymnasiums sieht die Bundeswehr gerne in ihrer Schule. Es gibt nicht allzu viele Jobmöglichkeiten hier in der Gegend, auch wenn sie besser dasteht als viele andere Regionen in den neuen Bundes-

ländern. "Die Bundeswehr bietet viele attraktive Berufe an und bezahlt gut", sagt Schulleiter Jürgen Schwartz. ...

Eine Soldatenkarriere kann heute auch Auslandseinsätze mit sich bringen und dadurch sogar abrupt mit dem Tode enden. Im ersten Stock der Beelitzer Schule atmet Schulleiter Schwartz hörbar aus, als er auf die Gefahren des Dienstes angesprochen wird. "Man verdrängt diese schlechte Seite der Bundeswehr", sagt er schließlich und fügt rasch hinzu, "die Bundeswehr ist notwendig."

Nicht alle Schulen machen mit

Informationen aus anderen Bundesländern

»Danke für die mutige Entscheidung und das schöne Vorbild. « Solche lobenden Worte auf der Internetpräsenz des Berliner Robert-Blum-Gymnasiums gelten einer Entscheidung, die zunächst ganz andere Kommentare hervorgerufen hatte. Ende März hatte die Schulkonferenz beschlossen, die Bundeswehr nicht mehr in die Schule zu lassen. »Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspricht der an unserer Schule gepflegten Kultur und unseren Erziehungsidealen«, heißt es in der Begründung der Antragssteller. Damit betrat die Schule in Berlin Neuland und war bald in der öffentlichen Debatte. *Es hieß zum Beispiel:* »Schade, dieser Beschluss ist rein ideologisch und zeigt, dass hier Kleingeister die Schule beherrschen« und »Vaterlandslose Gesellen«. *Anders dagegen die Stimme einer ehemaligen Lehrerin*, die die Entscheidung ganz im Einklang mit Artikel 1 des Berliner Schulgesetzes sieht, der eine Erziehung zur Völkerverständigung fordert. Mittlerweile trifft sich die Berliner Initiative »Schule ohne Militär« monatlich zur Planung und Koordinierung von Aktionen. In der Diskussion ist eine Initiative unter dem Motto »Farbe bekennen«, mit der die bundeswehrfreie Schule in den demnächst beginnenden Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus getragen werden soll. *Die Berliner GEW lehnt alle Werbungsversuche der Bundeswehr ab und unterstützt derartige Entscheidungen von Schule.*

„Auch in anderen Bundesländern wächst das Interesse von Schülern und Lehrern, sich für eine Schule ohne Militär zu engagieren. So hat sich Ende März die Käthe-Kollwitz- Schule, eine Berufs- und Berufsfachschule im hessischen Offenbach, »bundeswehrfrei« erklärt. Im Juni 2011 gründete sich in Hannover ein Bündnis »Schule ohne Militär« aus der örtlichen GEW, Schüler- und Lehrerorganisationen sowie der Linkspartei. Kritisiert wird u.a. die jüngste Werbeaktion für die Bundeswehr in Niedersachsens Hauptstadt. Unter dem Motto »Chance statt Pflicht« soll nicht nur in den Medien der Stadt, sondern auch in den bei der Zielgruppe populären Schülernetzwerken und auf Facebook für den Soldatenberuf geworben werden.“

In Bayern geht mittlerweile eine Elterninitiative im Kampf gegen die

Bundeswehr an der Schule ganz eigene Wege. Sie wirbt dafür, Anträge zu verfassen, mit denen die Freistellung ihrer Kinder von schulischen Veranstaltungen und vom Unterricht mit Vertretern der Bundeswehr erreicht werden soll.

Viele Friedensorganisationen - so auch die Deutsche Sektion von pax christi – fordern inzwischen die „Friedensbildung an Schulen stärken – den Einfluss der Bundeswehr zurückdrängen!

In einem Aufruf heißt es: „Durch Friedensbildung an Schulen kann der Blick der Jugendlichen für Fragen von Krieg und Frieden geschärft, ihr Urteilsvermögen gefördert und ihnen Handlungskompetenzen vermittelt werden. Durch eine bundesweite Initiative von Friedensverbänden, kirchlichen Akteuren und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft soll Friedensbildung an Schulen gestärkt und der Einfluss der Bundeswehr in den Schulen zurückgedrängt werden. An Schulen sollte zukünftig der Vorrang von ziviler Konfliktbearbeitung zum Tragen kommen, betont pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann: „Eine einseitige schulische Orientierung auf Friedensdienst als Militärdienst läuft aller Friedensethik zuwider. Deshalb beteiligt pax christi sich am Projekt Friedensbildung, Bundeswehr und Schule von AGDF und EAK.“

Für den Vorstand von pax christi im Bistum Trier gilt weiterhin die Überzeugung, dass der Einfluss der Bundeswehr in den Schulen der verkehrte Weg für eine Friedenserziehung ist. Auch das Angebot der Regierung in Rheinland-Pfalz, Friedensorganisationen auch die Möglichkeit der Mitwirkung zu ermöglichen, schafft keine Friedensbildung auf Augenhöhe. In den vergangen zwei Ausgaben unseres Rundbriefes wurde das begründet. Das Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“ bleibt relevant, was auch bei der diesjährigen Netzversammlung beim Studienthema „Die Bundeswehr und der neue Militarismus“ offenkundig wurde.

Der schleichende aber deutliche Einfluss des Militärs wird auch in einem offenen Brief der Basisgruppe Koblenz an Bischof Ackermann, Trier, angeprangert:

„Sehr geehrter Herr Bischof,

am kommenden Donnerstag, dem 12.5., feiern Sie in St. Kastor in Koblenz ein Pontifikalamt anlässlich des Weltfriedenstages. In Koblenz ist er mit den Veranstaltungsorten Festungskirche und Buga-Gelände in die Buga integriert. Offensichtlich sollen die Buga-Events mit dem „Internationalen Soldatentag“ ‚bereichert‘ werden.

Solche Events stehen in einem Zusammenhang, in dem die Bundeswehr nach gesellschaftliche Anerkennung sucht – nicht zuletzt im Blick auf die Werbung junger Menschen für Kriegseinsätze. Die enge Verknüpfung von Kirche und Militär, wie sie hier zum Ausdruck kommt, halten wir für problematisch und befürchten, dass die biblische Friedensbotschaft mit politischen Interessen kurzgeschlossen wird. Dann aber wird Frieden

gepredigt und Krieg gesegnet. Dagegen melden wir unseren Widerspruch an.

Die Bundeswehr dient nicht einfach dem Frieden.

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Umorientierung der Bundeswehr von einer Armee im Dienst der Landesverteidigung zu einer Interventionsarmee durchgesetzt, die auf Kriegsfähigkeit ausgerichtet ist und sich aktiv an Kriegen beteiligt. Zu diesem Zweck scheuten sich Politiker nicht, auf eine Propaganda zurückzugreifen, die Recherchen von Journalisten später als Lüge entlarvten. Die Berufung auf die Menschenrechte ist ebenso unglaubwürdig wie die Rede von sog. ‚humanitären Interventionen‘. Als erster Politiker hat der ehemalige Bundespräsident Köhler die Wahrheit ausgesprochen, als er die Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan mit wirtschaftlichen Interessen in Verbindung brachte. Nachdem das Tabu einmal gebrochen war, konnte der ehemalige Verteidigungsminister von Guttenberg „offen, ohne Verklemmung“ aussprechen, worum es geht: „Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und geostrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“ Entsprechend müsse die „deutsche Wirtschaft weltweit militärisch betreut werden“.

Die von ehemaligem Bundespräsidenten und Verteidigungsminister ausgesprochenen Zielsetzungen haben bereits ihren Niederschlag in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr ebenso wie in dem neuen strategischen Konzept der Nato gefunden. Unter dem Titel „Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung“ werden hier alle möglichen Bedrohungen aufgelistet: Piraterie, Cyberkriminalität, Terrorismus, Klimawandel, Drogenschmuggel, Umweltkatastrophen, Flüchtlingsströme, Abschmelzen der Polarkappen, Waffenschmuggel, Lebensmittel- und Wasserknappheit. Die scheinbar willkürlich zusammengestellte Bedrohungsliste ergibt einen ‚roten Faden‘, wenn wir die Bedrohungen als Ausdruck der mit dem Kapitalismus verbundenen Krisendynamik verstehen.

Militärische Interventionen stehen dann auf der politischen Tagesordnung, wenn Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Strukturen bedrohen, also wenn Zugänge zu Rohstoffen und Transportwege nicht mehr sicher sind, wenn durch den Zusammenbruch von Staaten politische Instabilitäten oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen. Worum es letztlich geht, ist eine Art militärischer Sicherheitsimperialismus. Gesichert werden sollen funktionierende Zentren und Wohlstandinseln, d.h. Standorte und deren sicherer Zugriff auf Rohstoffe und Infrastruktur.

Die Menschenrechte tauchen in diesem Zusammenhang meist nur dann auf, wenn sie zur Legitimation von Kriegen nützlich erscheinen. In der Realität (z.B. Irak, Afghanistan, Libyen) erleben wir ein immer ähnliches Muster: Diktaturen werden hofiert und hochgerüstet, solange sie für die

westlichen Interessen nützlich erscheinen. Zum menschenrechtlichen Problem werden sie, wenn sich die Interessenlage ändert.

Suche nach Akzeptanz und Stärkung von Heroismus

Offensiv sucht die Bundeswehr in der Öffentlichkeit nach Akzeptanz für ihre Kriege. Vom Eindringen in das Schul- und Bildungswesen über Werbekampagnen zur Rekrutierung von Soldaten bis hin zu Öffentlichen Vereidigungen, Gedenkritualen, Zapfenstreichen und Auftritten in Kirchen reicht die Palette der Maßnahmen. Eine wesentliche Zielsetzung dabei hat der Politologe Herfried Münkler formuliert. Nach ihm geht es darum, Heroismus zu stärken. Dies müsse offensiv geschehen, da die marktwirtschaftliche Orientierung auf Leistung und Gegenleistung, Kosten-Nutzen-Kalkulation etc. zivilgesellschaftlich notwendige heroische Tugenden wie die Bereitschaft, sein Leben einzusetzen, konterkarierten. Diesem Zweck dienen – so Münkler – Inszenierungen eines leeren Transzendenzbezuges, einer Überhöhung ohne Gott.

In den Dienst einer problematischen ‚Überhöhung mit Gott‘ stellt sich Militärgeneralvikar Wakenhut, wenn er in einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten davon spricht, die Gefallenen seien im „Einsatz für eine einzige Menschheitsfamilie“ gefallen, sich dabei auf den Sendungsauftrag am Ende des Matthäusevangeliums beruft und als Fazit formuliert: Die Soldaten „haben dafür ihr Leben geopfert. Und es gibt keine größere Liebe als die – sagt Jesus – wenn einer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

In der biblischen Friedensbotschaft sehen wir eine kritische Distanz zum wirtschaftlichen und politischen Auftrag der Bundeswehr markiert. Wir erinnern nur daran, dass die neutestamentliche Friedensbotschaft im Konflikt mit der römischen Militärherrschaft und ihrer Legitimation als ‚Pax romana‘ steht. Vor diesem Hintergrund sagt Jesus: „Meinen Frieden gebe ich euch; nicht einen Frieden, wie die Welt(ordnung) ihn gibt.“ (Joh 14,27)

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Barbara Bernhof-Bentley